



PHOTOVOLTAIC  
AUSTRIA

FEDERAL ASSOCIATION

Photovoltaic Austria, Neustiftg. 115A/19, 1070 Wien

E-Control  
Rudolfsplatz 13  
1010 Wien

Per email:  
[tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

Wien, am 23. Mai 2016

**Stellungnahme des Bundesverband Photovoltaic Austria zum Konsultationsentwurf  
„Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich (Tarife 2.0)“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesverband Photovoltaic Austria (PVA) bedankt sich für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Konsultationsentwurf „Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich (Tarife 2.0)“.

Im Folgenden nimmt der PVA zu folgenden Punkten, welche vor allem die Photovoltaik betreffen, Stellung:

**1. Pauschale für Überschusseinspeiser (Kap. 3.8.3. Netzkostentragung bei Überschusseinspeisung; Seite 72ff)**

Die vorliegende Konsultationsfassung sieht vor, Eigenstromproduzenten und Überschusseinspeiser mit einer zusätzlichen Pauschale zu belasten, um entgangene Netzkosten (Netznutzungs- und Netzverlustentgelt) zu refinanzieren. Vorgeschlagen wird eine jährliche Pauschale von (gerundet) EUR 30 bis EUR 35 pro Jahr für 5 kWp Anlagen.

Eine zusätzliche und zum Teil unvorhersehbare Belastung von Eigenstromproduzenten lehnt der PVA aus folgenden Gründen strikt ab:

- *Pauschale trägt nur mit marginalem Beitrag zur Kostensenkung bei*

Wie auch im Konsultationspapier angeführt, führt die Einhebung einer Pauschale bei aktuell installierter PV-Leistung zu Erlösen in Höhe von 791.400 Euro, was bei Gesamterlösen aus NNE und NVE auf der NE 7 nicht gemessen, einer marginale Reduktion von 0,11 – 0,13 % (Pauschale 30 Euro) bzw. 0,13% (Pauschale 35 Euro) entspricht.

Wie auch in der Konsultationsfassung festgehalten, würde sich über die Pauschale, selbst bei einer installierten PV-Leistung von 1,2 GW, lediglich eine Kostenreduktion von 0,49 - 0,58% ergeben.

Aufgrund der kaum spürbaren Wirkung der angedachten Pauschale bei gleichzeitiger Belastung der Anlagenbetreiber, ist die Einführung einer solchen Pauschale aus Sicht des PVA unverhältnismäßig und daher nicht nachvollziehbar.

- *Falsche Anreizsetzung*

Eine Belastung von Überschusseinspeisern setzt den völlig falschen Anreiz, von einer aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sinnvollen Eigenverbrauchsmaximierung zu einer Volleinspeisung zu wechseln. Der möglichst eigenständige Verbrauch des produzierten PV-Stroms ist u.a. aus Gründen der Netzentlastung, Entlastung und effizienten Nutzung der verfügbaren Fördermittel sowie der höheren Wirtschaftlichkeit zu forcieren. All diese Punkte führen zur Marktfähigkeit der Photovoltaik – eine Volleinspeisung ist ein Schritt zurück!

- *Erhebliche Kostenbelastung*

Die zusätzliche Kostenbelastung über eine jährliche Pauschale von 35 Euro für eine 5 kWp Anlage entspricht über eine Lebensdauer von 25 Jahren etwa 10 % der Anschaffungskosten und verursacht damit eine erhebliche finanzielle Belastung. Hierbei handelt es sich um paradoxe Überlegungen: Auf der einen Seite werden für einen voranschreitenden Ausbau bundesweit finanzielle Förderungen zur Verfügung gestellt, auf der anderen Seite wird durch zusätzliches Einheben von Pauschalen die finanzielle Belastung angehoben.

- *Verunsicherung*

Eine zusätzliche Belastung von EE-Stromproduzenten ist ein falsches Signal und führt zu einer massiven Verunsicherung der Konsumenten, wodurch der Ausbau der Erneuerbaren erheblich gehemmt oder gar zum Erliegen kommen könnte. Dieses Vorgehen ähnelt der Besteuerung von selbst produziertem und verbrauchtem PV-Strom (bis zur Novellierung des Elektrizitätsabgabegesetzes im Jahr 2014), welches zu einer erheblichen Verunsicherung des PV-Marktes, die bis heute noch Auswirkungen hat, führte.

- *Rechtsunsicherheit für bestehende Anlagen*

Es ist davon auszugehen, dass eine Novellierung des Gesetzes seine Wirkung auch auf bestehenden Anlagen entfalten wird. Dies würde bedeuten, dass die Pauschale auch von Betreibern bestehender Anlagen zu entrichten wäre, obwohl diese zusätzliche finanzielle Belastung zum Errichtungszeitpunkt nicht in die Investitionskosten eingeplant haben. Eine

rückwirkende Änderung der Bedingungen ist aus Gründen der wirtschaftlichen Planbarkeit und Rechtssicherheit strikt abzulehnen.

## **2. Freiwillige Begrenzung der Einspeiseleistung mittels Fernabschaltung (Kap. 3.8.1. Demand Side Management & Flexibility, Seite 56)**

Die Konsultationsfassung sieht vor, in Fällen lokaler Netzengpässe die Stromeinspeisung aus EE-Anlagen gezielt abzuschalten.

- *Vergütung bei Abschaltung*

Unklar ist, ob eine Vergütung bei Drosselung bzw. Abschaltung vorgesehen ist. Investitionen in Anlagen basieren auf gewissen wirtschaftlichen Annahmen zu Anschaffungs- und Betriebskosten, sowie Erlösen bzw. Einsparungen. Unvorhersehbare Drosselungen stellen ein wirtschaftlich unberechenbar Risiko dar. In Fällen, in denen der Spannungswächter bereits eingesetzt ist, ist selbst der Eigenverbrauch des PV-Stroms nicht mehr möglich was zu massiven Ertragseinbußen führt.

- *Nachvollziehbarkeit nicht gegeben*

Auch die Reihenfolge der Abschaltungen (Zwiebelmodell) ist derzeit nicht klar, wodurch sich die Fragestellung ergibt, welche Kraftwerke bei Engpässen zuerst weggeschaltet werden. Außer Streit steht, dass die Abschaltung großer Kraftwerke eine größere Auswirkung auf die Netzstabilisierung als kleine PV-Anlagen hat. Ebenso ist die Abregelung von Gaskraftwerken aus volkswirtschaftlicher Sicht gewinnbringender als jene von EE-Anlagen. Dennoch ist aus heutiger Sicht zu befürchten, dass kleine PV-Anlagen vorrangig von den angedachten Abschaltungen betroffen wären. Zusätzlich stellt der PVA fest, dass durch die Abschaltung von EE-Anlagen der EU-weit gesetzlich vorgeschriebene Einspeisevorrang nicht mehr gegeben wäre.

Für den Betreiber der Anlage ist nach derzeitigem Vorschlag die Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Abschaltungen nicht gegeben. Jegliche Information über Häufigkeit und Ausmaß der Drosselung (und somit auch über wirtschaftliche Einbußen) bleibt den Anlagenbetreibern aber verwehrt. Anlagenbetreiber sind dadurch zum Teil der Willkür der Netzbetreiber ausgesetzt.

- *Einschränkung der Abschaltdauer*

Der Einsatz von Fernabschaltungen überdeckt Planungsprobleme und täuscht nur temporär über die Notwendigkeit des Netzausbaus hinweg.

In belasteten Gebieten mit Spannungswächter, kommt es vor, dass die Spannungswächter beinahe permanent die Anlagenleistung drosseln. Die Investition in eine PV-Anlage ist in diesem Fall daher nicht wirtschaftlich – die Informationen erhalten die Betreiber aber meist erst nach Inbetriebnahme der Anlagen. Wichtig ist daher, Angaben zu den maximalen Eingriffen zu machen, wie zum Beispiel 3 % der jährlichen Energieproduktion.

Anstatt einer Abregelung sollten vermehrt Stromspeicher zum Einsatz gelangen, deren Funktionen intelligent genutzt und integriert werden.

- *Drosselung von Erzeugeranlagen kein regulatorisches Ziel*

Die eigentliche Aufgabe der Netzbetreiber ist der bedarfsgerechte Netzausbau. Die Verringerung des Netzausbaus durch Einführung einer Drosselung kann per se daher kein regulatorisches Ziel darstellen!

Der PVA tritt stattdessen für eine verstärkte Nutzung der bereits vorhandenen Funktionen der Wechselrichter zur Netzstabilisierung ein, wie zum Beispiel die Fähigkeit zur Blindleistungskompensation. Weiters muss die rasant voranschreitende Entwicklung von Speichertechnologien beachtet werden, die sowohl bei Über- als auch Unterbelastung der Netze ausgleichend wirken können.

- **Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke (Kap. 3.6.1., Seite 51ff)**

Pumpspeicherkraftwerke haben einen gewissen Eigenstrombedarf, der vor allem für das Hochpumpen des Wassers anfällt. Da Pumpspeicherkraftwerke vom Netznutzungsentgelt ausgenommen sind, ist die Befreiung auch für alle anderen Speichertechnologien anzuwenden.

- **Netzverlustentgelt für Erzeuger (Kap. 3.2., Seite 38ff)**

Vor allem bei erneuerbaren Energien wird der Strom direkt vor Ort und damit dort verbraucht, wo er produziert wird. Der Transport und der damit einhergehende Netzverlust ist daher meist nur gering.

Jedenfalls beibehalten werden muss die aktuelle Schwelle von 5 MW, ab der Einspeiser Netzverlustentgelt zu zahlen haben, vor allem da es sich hier hauptsächlich um erneuerbare Energie-Anlagen handelt, die zusätzlich auch zur Netzstabilisierung beitragen.

Hinzu kommt dass Österreichs Stromerzeuger im Vergleich zu Erzeugern im Ausland stärker belastet und benachteiligt sind. Österreich belegt im europäischen Vergleich der Belastung der Stromerzeuger den zweiten Platz und ist am besten Weg, den ersten Platz zu belegen.

Das Netzverlustentgelt für Erzeuger muss abgeschafft werden – zumindest die Kosten halbiert werden. Eine Ausweitung auf Erzeuger unter 5 MW wird strikt abgelehnt.

- **Systemdienstleistungsentgelt (Kap. 3.5., Seite 49ff)**

Die Ausweitung auf Erzeuger unterhalb der 5 MW-Schwelle führt zu einer massiven Verunsicherung und zusätzlichen rückwirkenden Kostenbelastung, weswegen eine Ausdehnung auf Anlagen kleiner 5 MW strikt abgelehnt wird. Hierbei handelt es sich um ein Österreichisches Unikum, dessen Sinnhaftigkeit es zu überdenken gilt.

- **Umstellung auf Lastpreise anstatt Arbeitspreise (Kap.3.1. Netznutzungsentgelt, Seite 25ff)**

Die Verrechnung des Netznutzungsentgelt sollte, wie bisher, hauptsächlich über Arbeitspreise erfolgen. Eine Anhebung der Leistungskomponente sowie eine Belastung von Erneuerbaren Energieerzeugern wird strikt abgelehnt. Die Anhebung von Leistungskomponenten führt zu falschen Signalen und widerspricht dem Gedanken der Energieeffizienz.

Der PVA weist nochmals inständig darauf hin, von zusätzlichen Gegenanreizen für den Ausbau erneuerbarer Energie dringend Abstand zu nehmen!

Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme und bitten um Kenntnisnahme der Anliegen der Photovoltaik-Branche sowie eine zukünftige Einbeziehung in die weiteren Gespräche um eine gemeinsame Lösung zu finden.



---

Dr. Hans Kronberger  
Präsident Bundesverband Photovoltaic Austria